

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kriminalkommissar und Spritschieber.

Vernehmung des Kriminalkommissars Peters im Spritweberprozeß.

Die heute fortgesetzte Verhandlung in dem großen Spritschieber- und Bestechungsprozeß beschäftigte sich immer noch mit dem persönlichen Aufwand, den der Angeklagte, Kriminalkommissar Peters, getrieben haben soll. Ein besonderes Gewicht wird auf eine unter seinem Namen angeßlich für Weber gelöste Bettkarte 1. Klasse nach Badenweiler gelegt. Mit diesem Punkt hatte man sich schon am Schluß der gestrigen Sitzung zwei Stunden lang beschäftigt und auch am heutigen Vormittag nahm die Aufklärung dieser Bettkartengeschichte noch sehr viel Zeit in Anspruch.

Peters hatte gestern angegeben, daß Weber die Bettkarte schließlich nicht verwendet habe, und daß er die dazu gehörige Fahrkarte selbst teilweise benutzt habe, aber nur bis Magdeburg, da er dort sich mit einem Bankier Mandelsohn getroffen habe, um auf dessen Einladung zusammen mit dem zweiten Bürgermeister von Magdeburg eine Autotour über Stuttgart bis Karlsruhe zu machen. Von dort habe er, während Mandelsohn nach Baden-Baden fuhr, seine Fahrkarte wieder benutzt.

R. A. Dr. Brandt, als Vertreter der Hauptzollämter, die als Nebenkläger zugelassen sind, richtet an den Angeklagten Peters die Frage, ob ihm bekannt sei, daß gegen diesen Bankier Paul Mandelsohn, Direktor der Stadtbank in Magdeburg, ebenfalls ein Verfahren wegen Monopollieferung in seiner Eigenschaft als Direktor der Deutschen Handels- und Industrie-Gesellschaft in Magdeburg käme. Mitbegründer dieser Gesellschaft sei ebenfalls Hermann Weber gewesen. Der Angeklagte Peters will von dem Strafverfahren keine Kenntnis gehabt haben.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Schulze: Woher kannten Sie den Mandelsohn? — Angekl.: Durch Herrn Weber, der mich einmal zu einer Autofahrt nach Magdeburg im Sommer 1924 mitgenommen hatte. — Vors.: Wozu haben Sie Mandelsohn geschäftliche Dinge besprochen? — Angekl.: Wie mir Weber erzählte, handelte es sich um Bankgeschäfte. — Vors.: Wie kam es, daß Bankier Mandelsohn, den Sie einmal zufällig getroffen hatten, Sie zu einer Autofahrt einlud? — Angekl.: Wir sind in Berlin sehr befreundet, da wir uns gegenseitig gefallen haben. Ich habe mit Mandelsohn nie Geschäfte gemacht. Was der Nebenkläger hier einflüßelt, höre ich zum erstenmal.

Weiterhin befragt Peters nachmals, ein besonders luxuriöses Leben geführt zu haben. Wenn man aus einem Zeitraum von fünf Jahren jeden größeren Posten herausfände, könne man leicht eine Million konstruieren. Gewiß habe er Weinlokale besucht, aber man betrachte nicht, wie oft er bei Weingarten gewesen habe. Seine Frau habe sehr sparsam gewirtschaftet. Er habe auch keinen Aufwand mit Autofahrten getrieben. Allerdings habe ihn Weber öfter mal mit seinem Auto abgeholt, so während des Verkehrsstreiks 1922. Vors.: Es existiert ein Zeuge, dem es aufgefallen ist, wie oft Privatautos bei Ihnen vorfuhr.

Er hat sich die einzelnen Fahrten und die Autonummern notiert. Angekl.: Das ist ja eine eigentümliche Einstellung dieses Mannes.

Vors.: Es ist ihm eben aufgefallen, daß ein Beamter des Polizeipräsidiums so häufig von Privatautos abgeholt und nach Hause gebracht wurde. Wir werden den Zeugen nachher hören.

Angekl. Peters: Das ist dann also der Portier meines Hauses. Dann ist mir alles klar.

Der eifernde Oberstaatsanwalt.

Verurteilung im Rottbuser Landfriedensbruchprozeß.

Im Rottbuser „Landfriedens“prozeß gegen die Finsterwalder Reichsbannerleute hatte bekanntlich der Staatsanwalt selber bei 17 „Angeklagten“ auf Freisprechung plädieren müssen. Das Gericht hat dann auch tatsächlich 20 von 34 Angeklagten freigesprochen. Ueber die übrigen 14 Angeklagten hat man aber nicht weniger als acht und ein halbes Jahr Gefängnisstrafe verhängt. . . Jetzt scheint aus dieser Ausgang dem Herrn Oberstaatsanwalt am Rottbuser Landgericht nicht zu passen, denn er hat gegen die freisprechenden Urteile des Schöffengerichts Berufung eingelegt. Dabei hat gerade der Verlauf dieses Prozesses den schärfsten Widerspruch aller republikanischen Kreise hervorgerufen. Darf man fragen, in wessen Auftrag dieser famose Herr Oberstaatsanwalt dabei handelt? Der preussische Justizminister sollte sich endlich einmal die Leute ansehen, die es darauf anzuwenden scheinen, die Rechtspflege im Volke um jedes Ansehen zu bringen.

Preussischer Femeauschuß.

Der Wiederbeginn der Verhandlungen.

Der Feme-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags hat heute keine Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst kommt ein Schreiben des inhaftierten Oberleutnants a. D. Schulz zur Beratung. Er bestritt eine Photographie Adam Stegerwalds in Besitz zu haben. Der Brief des Schulz gibt rechtsstehenden Ausschussmitgliedern Veranlassung, sich über das „Berliner Tageblatt“ zu entrüsten. Diese Bemerkungen werden vom Abg. Kiesel (Dem.) zurückgewiesen. Die Beweisaufnahme im Falle Meyer-Bohrens wird beschloffen. Es beginnen die Plädoyers der Vertreter der einzelnen Fraktionen. Für die Deutschnationalen spricht der Abgeordnete Dallmer.

Zeugenvernehmung im Asmus-Prozeß.

Der Generalstaatsanwalt soll geladen werden.

Chemnitz, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Der fünfte Verhandlungstag begann mit einer großen Sensation, die durch den Beweisantrag Bents hervorgerufen wurde. Der Vorsitzende hatte bekanntgegeben, daß er die von der Verteidigung verlangten Akten der Freiburger Polizei durchgesehen und dabei gefunden habe, daß es sich um Erwerbslosenfragen handelte.

Vors.: Haben Sie 1924 auch noch spekuliert und namhafte Gewinne erzielt?

Angekl.: Das kann ich nicht sagen. Ich hatte noch einige gute Papiere, die den Sturz nicht mitgemacht hatten.

R. A. Dr. Brandt fragte den Angeklagten, ob er auch andere Privatautos als das von Weber benutzt habe. Peters gab zu, auch von Kopp, Kuben, Stahn und Simke Autos zur Verfügung gestellt zu haben. Der Nebenkläger findet es auffällig, daß es gerade

nur die Autos der Spritschieber

waren. — Angekl. Peters: Herr Rechtsanwalt, ich kann doch nur die Autos benutzen, die mir zur Verfügung stehen und nicht die von beliebigen Unbekannten. Die Schlussfolgerungen, die Sie ziehen wollen, sind irrig. — Auf eine weitere Frage des Nebenklägers, der es auffällig fand, daß Peters sein Stammlokal in einer Weinstube hatte, in der vorwiegend Spritschieber verkehrten, erwidert Peters: Mit dem Wort Spritschieber wird ein großer Unfug getrieben. Gewissermaßen ist jeder Spritempfänger „Schieber“. Die Rechtsschliche auf diesem Gebiete waren außerordentlich verbreitet und es hat auch gegen eine sehr bekannte Firma ein Verfahren geschwebt. — Schließlich hat der Nebenkläger weiter keine Fragen mehr an Peters zu stellen und es kann zur Vernehmung des zweiten Angeklagten, Kriminalassistent Beyer, übergegangen werden, der zunächst auch einen kurzen Abriß seines persönlichen und dienstlichen Werdeganges gibt.

Bayer ist aus der „blauen Schutzmannschaft“ hervorgegangen und 1912 zur Kriminalpolizei übergetreten. Er kam als Probist zu Kriminalkommissar Peters. Nach dem Kriege wurde er ins Kriegswachertum kommandiert und trat im Mai 1921 in das Desernat von Peters in die Abteilung W ein. Er gibt zu, viel auf Reisen gewesen zu sein, bestreitet aber, dort besondere Aufwendungen gemacht zu haben, weil er freien Eintritt hatte. Auf eine Frage von Landgerichtsdirektor Dr. Schulze, ob er auch mit Hermann Weber persönliche Beziehungen gehabt habe, antwortete Bayer: Ich möchte bemerken, daß ich von vornherein alle 12 Punkte der Anklage gegen mich bis auf einen ablehne: den Besuch bei Hermann Weber, als er gesucht wurde. Ich habe mit Hermann Weber weder in seiner Villa verkehrt, noch mit ihm Stat gespielt. Nur ein einziges Mal bin ich durch Zufall dort hingekommen. Nach seiner weiteren Behauptung ist Bayer mit dem Spritschieber Kopp gar nicht bekannt gewesen. Die einzige „Bekanntheit“ bestehe darin, daß er ihn einmal eingesperrt habe, als Kopp an eine Firma widerrechtlich 1800 Liter Spirit geliefert hatte.

Kriminalpolizist Müller berichtete als Zeuge, daß auf Grund von Mitteilungen des Finanzamtes der Verdacht aufgenommen sei, daß Kriminalkommissar Peters sich habe beflechten lassen. Müller wurde beauftragt, eine Durchsuchung der Wohnung vorzunehmen, der Regierungsrat Fell als Sachverständiger beizuhelfen. Herr Peters war sofort bereit, alles zu zeigen, und behauptete, nichts verborgen zu haben. Dem Zeugen fiel zunächst persönlich die für einen Kriminalkommissar äußerst elegante Ausstattung der Wohnung mit Klappstuhl, einem kostbaren Buffet und Kunstgegenständen auf.

Am nächsten Tage hatte er den Auftrag bekommen, Peters, der damals das Polizeiamt Wedding leitete, zu laden und festzunehmen. Auf Anruf erschien Peters sehr schnell. Er bestritt durchaus jede Schuld.

Es sei unnütz, über Sachen, die landtundig sind, Beweise zu erheben.

Der Angeklagte erklärte dazu, er lege auf die Erörterung der Fragen des Jahres 1923 größeren Wert, da die Anklage von diesem Verhalten ausgeht. In der kritischen Zeit hatten alle Staatsanwälte auf die damaligen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

Dr. Levi sagte, daß er mit Genehmigung von der neuen Stellung des Gerichts höre und beantragte, den Generalstaatsanwalt von Bixium als Zeugen zu laden. Dann begann die Vernehmung der Zeugen. Als erster wurde der Staatsanwalt Arnold in Freiberg vernommen, dem bekanntlich das politische Register später übertragen wurde. Seine Aussagen waren vorsichtig und zurückhaltend. Als der Zeuge nähere Angaben machen sollte, ging er um die Beantwortung präziser Fragen herum.

Vors.: Haben Sie Belege, daß der Angeklagte nach Uebertragung des Polizeiregisters noch politische Sachen bearbeitet hat? Zeuge: Jedenfalls hat er sich sehr dafür interessiert. Auf weiteres Befragen erklärt Arnold, daß Asmus öfters zu Verhandlungen als Zuhörer erschienen sei. Der Zeuge äußerte sich dann über die Tätigkeit des Angeklagten und gibt zu, daß er mit Arbeit überlastet worden sei, da er neben seiner staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit noch Behördenvorstand war und ihm das größte Gefängnis unterstand. (Die Verhandlungen dauern fort.)

Verständigungsfriede oder Unterwerfung?

Ultimative Bedingungen an Abd el Krim.

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Die französische und spanische Delegation für die Friedensverhandlungen mit dem Rix haben am Montagabend Paris verlassen und sich nach Madrid begeben, wo verschiedene militärische Fragen besprochen werden sollen. Die bereits bekanntgegebenen Bedingungen beschäftigen sich nunmehr, und es sieht tatsächlich so aus, als ob Frankreich und Spanien die Entferrnung Abd el Krims aus dem Rix fordern werden. Man glaubt hier nunmehr, daß die Verhandlungen nicht von langer Dauer sein werden, da Frankreich und Spanien ihre Forderungen in ultimativer Form stellen dürften.

Weitergang der Mossul-Verhandlungen. Der englische Botschafter Bindlay in der Türkei begibt sich nach Angora, um dort die Unterhandlungen über Mossul fortzusetzen. Die türkische Presse drückt sich sehr pessimistisch über den Ausgang der Verhandlungen aus.

Der 7. April in Rom.

Nachträgliches zum Attentat.

Eugano, 11. April.

Bei jeder Stellungnahme zu dem Attentat vom 7. April kann es sich nur um dessen Folgen handeln. Die Tat als solche entzieht sich ebensosehr der moralischen Wertung, wie etwa ein Bligschlag. Offenbar hat die Täterin in keiner Weise Motiven gehorcht, die bei normalen Menschen Handlungen auslösen. Dessen ungeachtet kann die Tat politische Folgen haben und hat sie in recht ausgedehntem Maße. Und zwar sind diese Folgen für das herrschende Regime teils ungewollte, teils gewollte und willkommene.

Wie der Nervenschaf, der den Ministerpräsidenten bewußlos zu Boden sinken ließ, auf ein offenbar ziemlich labiles nervöses Gleichgewicht wirken wird, ist natürlich nicht abzusehen. Aller Wahrscheinlichkeit dürfte er nicht dazu beitragen, die Einstellung Mussolinis zu seiner Umgebung ausgeglichener und normaler zu gestalten.

Die äußeren und unmittelbaren Folgen des Anschlags verdienen auch sehr ernsthafte Beachtung. Aus Rußland kommt gerade jetzt die Nachricht von einem Anschlag auf den Minister des Innern, aber es verlautet nichts darüber, daß die Parteigänger der Regierung daraufhin das unabweisbare Bedürfnis verspürt hätten, Redaktionen und Privatwohnungen zu verwüsten. In Italien dagegen wird es nachgerade zu einer Art Gemohnheitsrecht, daß zu jedem Anschlag auf den Ministerpräsidenten eine Art Treibjagd auf die Leute der Opposition gehört. Weiß die Polizei im voraus von dem Attentat, wie bei der Sache mit Janiboni, so kann sie die Folgen in Schranken halten. Diesmal hat sie es nicht gekonnt. Eine Stunde nach Bekanntwerden des Attentats fuhrwertigen Dutzende von Lastautos und auch einige der städtischen Autokusse durch die Stadt, um ihre schwarzbesiederten Nachengel an vorgeschriebener Stelle abzulegen. Jedes Auto hatte einen Führer, der Führer hatte eine Reihe Abfassen; unter den „Squadrissen“ waren viele sehr elegante Studenten zu sehen, auch zahlreiche Musketiere Mussolinis.

Am furchtbarsten wurde in der Redaktion des „Mondo“ gehaust, wo sich der Sachschaden auf über 50 000 Lire beläuft und viel größer gewesen wäre, wenn die Individuen imstande gewesen wären, die Maschinen der Druckerel in Bewegung zu setzen, um sie zu ruinieren. Dort hat man auch die Administration geplündert, so daß die Polizei für über 3000 Lire Postanweisungen abgeliefert hat; einem Redakteur wurden Daniel und Hut, einer Angestellten das Portemonnaie gestohlen, in einem unbeteiligten Bureau, das an die Redaktion stößt, 27 000 Lire in Bauaktien. Auch dem Genossen Giannini, Redakteur des „Becco Giallo“ wurde die ganze Wohnung verwüftet, der Abgeordnete Genosse Rodigliani ist durch Verwüstung und Plünderung schwer geschädigt. Besser kam die Genossin Verda-Olberg davon, bei der nur ein Raum ausgeräumt und die Möbel und Papiere auf der Straße verbrannt wurden. Da es sich um eine Art faschistischen Ritus handelt, weicht die Darstellung der Ereignisse wenig von den vorhergehenden „Feiern“ bei Attentaten, Jahrestagen usw. ab.

Neu waren dagegen die Angriffe gegen die Botschaften, nämlich die russische, englische und französische, die sich daraus ableiten lassen, daß die Täterin Ausländerin war und man anfangs ihre Rationalität nicht kannte. Die russische Botschaft trotz Vorkehrungen zu sehr energischer Abwehr, die glücklicherweise nicht nötig wurde, aber immerhin die melancholische Betrachtung bei den Italienern auslöste, daß es doch ein schönes Ding ist um eine fremde Staatsbürgerschaft, die einem erlaubt, sich mit Waffen gegen Gewalttat zu wehren. Neu war auch die Fremdenhege, die bei der Rede Mussolinis vom Palazzo Chigi zu feindlichen Ausrufen gegen das Ausland führte.

Wir glauben nicht, daß es ein auf die Dauer haltbarer Zustand ist, daß das Leben, der Besitz und der Hausfrieden der irgendetwas bekannten Mitglieder der Opposition von Dingen abhängen soll, auf die diese Leute keinerlei Einfluß haben. Schließlich sind wir doch keine Pferde, die man auf dem Grabe des Führers schlachtet, unsere Häuser sind keine Verbrauchsgegenstände, die man ihm auf den Scheiterhaufen wirft. Die anmutige Lebensart, daß man mindestens 3000 von uns den Tag nach Mussolinis Tode nicht erleben werden, gehört doch nicht mehr recht in unsere Zeit. Als Staatsmaxime ist sie kaum zu empfehlen, besonders wenn man auch Vertreter auswärtiger Staaten heranzieht, um die Zahl voll zu machen. Technisch liest sie nicht den Vorteil, das Leben des Ministerpräsidenten sicherzustellen, liefert dafür aber bei jedem Attentatsgerücht den Freibrief zu den wüstensten Robereien.

Zu den ungewollten Folgen des Attentats rechnen wir auch, daß die Polizeikommissäre, die über Mussolinis machen sollten, am Nachmittage des 7. April im Palazzo Bidoni, dem Sitz der faschistischen Parteileitung, von Faschisten geohrfeigt wurden.

Als gewollte Folge erscheint uns die Fremdenhege. In diesem Sinne sing man schon vorher an, die Loga in Falten zu legen. „Das Ausland ist der Feind“, das ist jetzt die neueste Losung. Und natürlich ist dieses Ausland von Reich befreit. Nun ist freilich der Irrsinn in gewissem Sinne international, aber die faschistische Presse gibt sehr starken Gegendampf gegen die Irrsinnstheorie. Man gäbe ein Königreich für einen Komplizen und hat die Zeitungen beschlagnahmt, die die Nachricht brachten, Bislet Gibson hätte

ursprünglich die Absicht gehabt, auf den Papst zu schießen. Erwünscht ist natürlich auch, daß die Hand Gottes sichtbar zu Mussolinis Schutz gewaltet hat, was bei dem vorigen Attentat nicht behauptet werden konnte. In der Tat grenzt der Hergang ans Unglaubliche: auf wenige Schritte Distanz ins Gesicht getroffen werden und dabei nur eine besangene Hautverletzung davontragen, mit Eintritt und Austritt der Kugel, das dürfte in der Geschichte der Attentate einzig dastehen.

Aber der Hauptvorwurf des Attentats für den Faschismus liegt darin, daß es an dem Tage geschah, an dem Amendola starb. An diesem Toten drückt sich der Faschismus nur angstvoll vorbei. Aber der Rummel des Attentats überlötete die unheimliche Stille. Und so schloß sich die Leute Mut, die mußten, daß Amendola an den Folgen eines faschistischen Angriffs starb und nahmen zur Lüge Zuflucht. Wie Farinacci Matteotti sterben läßt mit dem Geständnis, an dem Morde eines Faschisten schuld zu sein, so hat man dem sterbenden Amendola die Worte angedichtet, die die Telegraphenbureaus in alle Welt getragen haben. Aber bei Matteottis Tode waren nur Leute zugegen, die einen Farinacci nie dementierten werden; an Amendolas Sterbebette standen seine Kollegen, die sein angeblühendes letztes Wort als erlogen erklären. Und hier haben wir einen ärztlichen Befund, nicht ein Sachverständigenurteil über ein paar Knochen, und der Befund spricht von einem traumatischen Hämatom als Todesursache. Dabei hat sich das Organ Mussolinis verschluckt, wenn es schreibt, daß man „wieder einmal auf einen natürlichen Tod spekulieren wollte! O, dieses Wieder einmal, das an die Lungenblutung Matteottis anknüpft. . . .

Soziale Schreckensbilder.

Die Kinder der Arbeiter verelenden.

In den Hungeraufstand der gemarterten Weber von Langenbielau und Peterswaldau erinnern die Schreckensbilder, die uns aus Schlessen gesandt werden.

Neuerdings haben Kreisrat und Kreisarzt des Kreises Landeshut über die sozialen Zustände des Kreises eine Denkschrift herausgegeben. Es ist ein erschütterndes Drama, das sich da entrollt.

Zunächst einige Zahlen, wie es um die Kinder aussieht:

2400 Kinder wurden auf Gesundheit und soziale Verhältnisse der Eltern untersucht.

Gegenüber den Durchschnittszahlen für den Kreis Landeshut bleiben 40 bis 70 Proz. der Kinder von Textilarbeitern und Bergarbeitern im Gewicht, in der Länge und im Brustumfang zurück.

111 Kinder können wegen Mangel an Kleidung keine Schule besuchen, 350 haben keine warme Unterbekleidung, 562 keinen Mantel.

Von 3994 Schülern aus Textilarbeiter- und Bergarbeiterfamilien kommen 200 ohne Frühstück in die Schule, 119 erhalten zu Hause kein regelmäßiges warmes Mittagessen, 142 besitzen nur ein Hand, 1165 besitzen nur ein Paar Schuhe.

1435 Kinder der Textilarbeiter und Bergarbeiter haben kein eigenes Bett, 99 schlafen zusammen mit dem Vater, 283 mit der Mutter, 1069 mit Geschwistern, 14 mit fremden Personen und 26 Kinder schlafen auf dem Fußboden.

Rachstehende Angaben beleuchten die furchtbaren allgemeinen sozialen Notstände:

Von den Wohnungen der Textilarbeiter und Bergarbeiter haben 1804 nur einen Raum ohne Küche oder Kammer, in 288 dieser Wohnungen befinden sich Kranke. In 706 Fällen wird der Raum von mehr als drei Personen, in 608 Fällen von mehr als sechs Personen bewohnt. In 288 Fällen wohnen außer der Familie noch Fremde in dem Raum; in 279 Fällen ist der Raum dunkel; in 236 Fällen feucht.

Der Durchschnittsverdienst eines volljährigen Textilarbeiters beträgt monatlich (1) 8,84 bis 11,02 M., der einer volljährigen Textilarbeiterin 6,60 bis 8,31 M. Wochenverdienste von 3 bis 4 M. sind keine Seltenheit. Eine große Zahl der Beschäftigten der Landeshuter Textilindustrie mohnt in den umliegenden Orten.

Im Fahrgeß und Stiefelsohlen zu sparen, bleiben diese armen Menschen nichts in den Betrieben.

Was ist gegen dieses Elend zu tun? Es müssen ausreichende Mittel für den Wohnungsbau bewilligt werden, es müssen Mittel für Nahrung und Kleidung bereitgestellt werden. Zur Besserung der Wohnverhältnisse ist der gewerkschaftliche Zusammenschluß erforderlich. Auch der Staat darf hier nicht tatenlos zusehen. Bei solchen schändlichen Mordtaten werden die Menschen zugrunde gerichtet.

Der Forderung nach Staatshilfe wird in der Regel als Antwort zuteil: Es ist kein Geld da. Abgesehen davon, daß dieser Einwand nicht stichhaltig ist, steht er auch im Widerspruch zu der Tatsache, daß der Benediktiner-Orden vor einiger Zeit vom preussischen Staat das Kloster Grünau zu einem recht billigen Preis erwarb. Der Orden hatte an den Kreis dafür an Grunderwerbsteuer 32 000 M. zu zahlen. Auf Nachsuchen stundete der Kreis die Steuer. Nach den letzten Mitteilungen soll der preussische Finanzminister dem Orden diese Steuer ganz geschenkt haben.

Außerdem aber haben angeführte solcher amtlichen Elendszahlen, wie sie hier aus dem Kreise Landeshut vorliegen, wie der „Vorwärts“ sie erst vor kurzem aus Waldenburg und Sagan veröffentlichte und wie sie aus fast allen Gegenden Deutschlands, nicht zuletzt aus Berlin selbst, ausgeführt werden können, die Fürstendiener noch immer den Mut, die Milliardenengpässe an die abgedankten Richtstuer für „göttliches Recht“ zu erklären. Man lasse endlich den Volksscheid vor sich gehen, damit die Herren der „Fürsten“ zu Ruh und Frommen der Berebendeten verwendet werden können.

Wilhelms Gärtnerei.

Selbst die Monarchisten wollen nichts von ihm wissen.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über einen neuen Monarchistenbund, der die besondere Aufgabe hat, den Doerner Deserteur wieder populär zu machen. Das Ganze nennt sich „Gärtnerei“. In jeder Provinz gibt irgendeine abgefallene Eggzellen als „Ober-Gärtner“ und hat „Gärtner“ zur Seite. Alle diese Eggzellen bemühen sich, in ihren rechtsstehenden Kreisen Wilhelm anzupreisen. Das scheint nicht ganz einfach zu sein. Einer der „Ober-Gärtner“, ein Herr von Stubus, jammert in einem Vortrag:

„Was ich mir am allerwenigsten erklären kann, meine Feder sträubt sich, es niederzuschreiben, ist der Umstand, daß Offiziere höheren Grades einem die kalte Schulter zeigen, wenn man mit ihnen auf den Kaiser zu sprechen kommt. . . . Ebenso scheint es, als ob die Erfahrung bezüglich unserer Frauen Gemeinut aller Mitarbeiter geworden ist. Sie haben sich verrannt in der Ansicht, der Kaiser hätte nicht nach Holland gehen dürfen, und eigenartig, wie nun Frauen sind, kommen zum Schluß eines Gespräches mit derartigen Inhalt, nachdem sie scheinbar durch die Einwände, die man ihnen gemacht hat, sich haben überzeugen lassen, zu dem merkwürdigen Schluß, nach echter Frauenart: Ja, alles ganz schön, aber nach Holland dürfte er nicht gehen.“

Es sind aber nicht nur die „höheren Offiziere“ und die „Frauen“, die dem Obergärtner mißfallen. Auch die deutschnationale Presse vorläge nach seiner Meinung. Er erklärt:

„Die Wahrnehmung, daß Tageszeitungen zurzeit noch nicht sehr geneigt sind, Artikel mit monarchistischem Hintergrund auszunehmen, ist mir von vielen Seiten beklagt worden. Ich bedaure diesen Standpunkt sehr und finde, daß wir rechtseingestellten Leute zu rücksichtslos und stets voller Bedenken sind. Es ist an der Zeit, wo der deutsche Michel aufwachen und wo wir für unsere Ziele stolz und mannhaft einzutreten haben, das sollten sich die sogenannten nationalen Tagesblätter hinter die Ohren schreiben.“

Die Abneigung der Reichspresse gegen monarchistische Artikel hat eben ihre Gründe. Das ganze Volk will weder von dem wegelaufenen Wilhelm, noch von den übrigen Landesvätern etwas wissen. Es hat alle miteinander reichlich satt. Der bedauerenswerte „Obergärtner“ ist dafür nur ein neuer unfreiwilliger, aber dafür um so beweiskräftigerer Zeuge.

wurde nie so recht ausgesprochen. Und nun ist es auf einmal aus ihr herausgebrochen, ganz ohne ihr Zutun, und wird ihr von der Kleinen so warm zurückgebracht. Sie ahnt nichts von den Zusammenhängen. Liebe — Uneinigkeit — Gehorsam — Erziehung? Sie schüttelt nachdenklich das effährige Haupt. Aber vielleicht hat sie es nun etwas leichter mit der Kleinen Schwester.

Ein Berliner Theater-Großkonzern.

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet folgende in eingeweihten Kreisen bereits länger bekannte Nachricht: Die Not der Zeit macht ungewöhnliche Maßnahmen erforderlich. Film, Rundfunk und Geldknappheit haben in Berlin zusammengewirkt, um die Schauspielhäuser zu leeren. Es ist für eine gedeihliche Entwicklung der Theater notwendig, die großen Unkosten zu verringern, um die Bühnen lebensfähig zu erhalten. Die drei größten Schauspielhäuser Berlins, Reinhardt, Barnowsky und Robert haben sich deshalb entschlossen, einen großen einheitlichen Theater-Konzern zu bilden, dessen Ziele hauptsächlich wirtschaftlicher Natur sein sollen. Reinhardt, „Deutsches Theater“ und „Kammerspiele“, Barnowskys „Komödienhaus“ und „Theater in der Königgräber Straße“, das „Berliner Theater“ und die „Tribüne“ sollen der gemeinschaftlichen Verwaltung des Bruders von Max Reinhardt, Edmund Reinhardt, und der künstlerischen Leitung der drei bisherigen Direktoren unterstellt werden. Diese Arbeitsgemeinschaft soll erstens eine Verbilligung des Betriebes, zweitens eine dadurch bedingte Verbilligung der Eintrittspreise, drittens eine straffe Zusammenfassung der künstlerischen Ziele und endlich eine systematische Organisation des Theaterpublikums ermöglichen, wie der man das Publikum für das Theater neu zu gewinnen hofft. Diesem Zweck soll in erster Reihe die Gestaltung des Spielplanes dienen. In Zukunft sollen die verschiedenen Theater die verschiedenen Interessentengruppen der Theaterbesucher berücksichtigen, so daß immer nur eine Bühne ein Stück mit besonderem Einschlag bringt. Die Folge ist eine größere Sicherheit des Spielplans und eine größere Vielseitigkeit der künstlerischen Leistungen. Neben diese künstlerische Organisation soll auch eine wirtschaftliche Organisation des Theaterpublikums treten, die sich auf neuartige Abonnementbedingungen stützt.

Von anderer Seite verlautet, daß ein Gesamtabkommen der dem Konzern angehörenden Theater beabsichtigt ist. Die Senkung der Kassenpreise soll gleichzeitig der Anlaß zur Herabsetzung der Schauspielereingehälter geben, denen man dafür zehnmonatsverträge bieten will. Da die Einzelheiten des Planes noch nicht feststehen, brauchen sie auch noch nicht kritisch glossiert zu werden. Von Bedeutung ist aber das Zugeständnis, daß sich die auf dem freien Wettbewerb beruhende Theaterwirtschaft überlebt hat und daß eine teilweise Planwirtschaft von den Unternehmern selbst versucht wird. Andererseits wird auch der Versuch gemacht, das genossenschaftliche Prinzip der Volkstheater, die Organisation der Besucher, auszunutzen. Aber Planwirtschaft wie Besucherorganisation können ihre Ueberlegenheit und Fruchtbarkeit nur entfalten, wenn sie auf gemeinsamer Basis erwachen.

Kirche und Volksentscheid.

Eine Annäherung der Kirchenbehörde.

Genosse Pfarrer Bleier erhielt folgendes Schreiben: Der Superintendent des Kirchenkreises Friedrichswerder 2

Berlin-Schöneberg, am 10. April 1926.

Verschiedene Presseäußerungen gehen dahin, daß Euer Hochwürden in der Öffentlichkeit sowohl für die entschädigungslose Enteignung der Fürstendörfer als auch gegen das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht auftreten. Ich erbitte mir dazu eine recht baldige Äußerung, gez. Raaf.“

Genosse Bleier tritt schon seit Jahren für die Antikatholikenbewegung und für das Gemeindebestimmungsrecht öffentlich ein. Der zweite Teil der Anfrage soll auch nur den ersten beden. Die Attacke des Bischofs von Passau gegen die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte hat dem Superintendenten Raaf keine Ruhe gelassen. Er mußte sich ebenfalls als Parteigänger der Fürsten vorstellen.

Zum Wehrmachtverorgungsgesetz.

Unterbringung auscheidender Wehrmachtangehöriger.

Vom Reichsbund der Invalidenberechtigten wird uns geschrieben:

Der zum Eintritt in die Reichswehr bereit junge Mann, der sich auf zwölf Jahre — also die besten Jahre seines Lebens — verpflichtet, muß Gewißheit darüber haben, was mit ihm geschieht, wenn er dem Staate zwölf Jahre lang Dienste geleistet hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein guter Erfolg für die Reichswehr auf die Dauer nur zu gewinnen ist, wenn den Soldaten nach dem Ausscheiden aus dem militärischen Dienst eine Existenz für das Leben gesichert wird. Es ist natürlich, daß die Soldaten diese Existenzsicherung im Staatsdienst begehren.

Die amtlichen Stellen bemühen sich seit langem, die auscheidenden Soldaten im freien Erwerbleben unterzubringen. Die Möglichkeit hierzu — d. h. die Möglichkeit, diesen Beruf ausüben zu können — gibt man durch theoretischen Unterricht in der Reichswehr und durch Gewährung von Geldmitteln. Dabei darf bemerkt werden, daß erst kürzlich bei Beratung des Reichstages im Reichstag festgestellt wurde, daß die Möglichkeit, auf diesem Gebiete den Soldaten eine Existenzsicherung zu bieten, außerordentlich gering ist. Ein Mensch, der zwölf Jahre lang dem freien Wirtschaftsleben entzogen ist, kann unmöglich die nur im andauernden Wirtschaftskampfe zu erwerbenden Fähigkeiten in dem notwendigen Maße haben, um in der freien Wirtschaft wettbewerbsfähig bestehen zu können. So ist es denn allzu natürlich, daß der größte Teil der auscheidenden Soldaten durch Beantragung des Zivildienstscheines, der eine Anstellung im Beamtenkörper des Reiches, der Länder und Gemeinden sichert, diese Versorgung begehren. Die Erfahrung lehrt, daß die Verorgungsberechtigten gerade für diese Verwendung aus der Militärdienstzeit die allerbesten Eigenschaften mitbringen. Durch entsprechende Gefühlsgebung hat das Reich ja verfügt, daß ein ganz bestimmter Teil der Beamtenstellen mit Verorgungsanwärtern (so nennt man die Soldaten nach dem Ausscheiden) besetzt werden sollen.

Nun ist aber jedem bekannt, daß in Deutschland einmal durch den Beamtenabbau die Beamtenzahl gewissermaßen verjüngt ist, und zum anderen hören man bei den diesjährigen Etatberatungen im Reichstag das Wort sparen in allen Tonarten. Zu diesem Sparen rechnet der Reichstag auch das Einsparen von Beamtenstellen. Außerdem verlangt der Reichstag zur Einsparung von Pensionen und Wartegeldern die Wiederverwendung von abgebauten Beamten (Wartegeldempfänger).

Aus der Reichswehr allein scheiden alljährlich etwa 12 000 Soldaten, die Existenzsicherung begehren, aus. Wenn man die Zahl der noch nicht angestellten, bisher ausgeschiedenen Verorgungsanwärter mit 20 000 einschätzt, dann ist dies sicher nicht zu hoch gegriffen. Das Reich gibt zwar den auscheidenden Soldaten eine Zeit lang (höchstens bis zu drei Jahren) Uebergangsgeldern; ist diese Zeit abgelaufen, verweist das Reich seine Staatsdiener auf den Unterstützungsweg. Es wird höchste Zeit, daß alle verantwortlichen Stellen des Reiches (Regierung, Reichstag usw.) sich ernstlich für die Unterbringung der Verorgungsanwärter im Staatsdienst einsetzen.

Die Drohung.

Nachbars Vene hat es schwer. Den ganzen Nachmittag muß sie auf die fünfjährige Trude aufpassen, arspöcken, daß sie nicht jedem Hund nachrennt, daß sie nicht auf die Laternenpfähle klettert und nicht auf den Damm läuft. Denn Trudchen kann durchaus nicht einsehen, wozu der Damm da ist, wenn nicht zum Spielen, wo man sowieso so wenig Platz hat und sich ein Wagen oder gar ein Auto doch nur selten in die engen Gassen des Arbeiterdortels verirrt. Und selbst wir Großen sehen ja selten ein, daß wir etwas lassen sollen, das nur unter Umständen schlimme Folgen haben kann.

Sie kann auch nicht einsehen, daß Vene schließlich noch wichtigere Dinge zu tun hat, als nur immer mit ihr zu spielen, daß sie z. B. mit den anderen „großen“ Mädchen erzählen muß, vom Schuster nebenan, der wieder einmal betrunken nach Hause gekommen ist, vom Portier, der seine Frau geschlagen hat, und von dem neuen Kleid, das die Lotte an hat und das nur aus dem alten ihrer großen Schwester gemacht ist.

Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch die Kraft oder die Macht, es auszuführen, meint man im allgemeinen. Aber Vene hat wohl ein Amt, doch nicht die Macht dazu. Denn Trudchen weiß recht wohl, daß sie die Jüngste und der Liebling zu Hause ist, und wenn die Große schimpft: „Ich sag's Vater!“, droht sie zu pehen, daß Vene die „verlorene“ Haarlocke gegen einen neuen Trielst verfaupelt hat.

Doch Vene ist heil, sie hat wohl aufgepaßt, wie man Kinder erzieht. Der Lehrer droht mit Prügel, die Mutter droht mit Vater und Vater droht auch mit Prügel. Hauen darf sie nicht, aber drohen kann sie. Und sie droht mit allem, was ihrer effährigen Phantasie zu Gebote steht: mit dem schwarzen Mann oder mit dem „Grünen“, mit Himmeln und Hölle schließlich.

Aber Proletariatskinder sind gottlos. Sie glauben nur an den Hinterhof, der ihre Heimat ist, und nicht einmal fest an die Abendbrustfüße. Es fehlt ihnen die deutsche Märchenseele, weil kein Wald und kein Brunnen in ihre ersten Tage gelauscht hat, weil sie weder die Ruhme noch deren geheimnisvollen alten schwarzen Kater kennen, weder die Uschbant noch das surrende Spinnrad.

Also droht Vene unisono. Sie hat es wirklich schwer. Davon ist sie schließlich so überzeugt, daß sie aus tiefstem Herzen, ganz ohne Absicht, aus Versehen beinahe, flucht: „Ach Trudchen, ich habe dich gar nicht mehr lieb!“

Da geschieht etwas absolut Verblüffendes: Die Kleine, die eben noch weit die Zunge herausstreckte, fällt der Großen um den Hals und weint und schluchzt und bringt nur immer stammelnd hervor: „Wieder liebhaben, ich will auch immer artig sein und hören, nur wieder liebhaben!“

Darauf wird die Vene sehr erlaunt und dann sehr nachdenklich. Da ist plötzlich etwas, was wohl dunkel in ihr lehte, zu den Eltern, zu der Kleinen Schwester und zu vielen schönen Dingen. Aber es

„Das Alpenland im Eismeer“. Unter diesem Titel wird in der Urania das Filmergebnis der deutschen Spitzbergen-Expedition 1925 vorgeführt. Dr. Max Gröthemohl und seine Begleiter traten mit dem Dampfer „München“, der offenbar sehr viele Kameraleute an Bord gehabt hat, die Reise an. Von dieser Fahrt hat man schon oft Filmbilder gesehen, doch bleiben sie stets reizvoll, weil eben jeder Aufnahme die eigene Beobachtung und landschaftliche Erfassung des Operateurs zugrunde liegt. Manches Interessante wird von Island übermittelte, mag es sich nun um die Trochus und Ripplischen oder um die Auswertung der heißen Quellen als natürliche Wochflächen handeln. Während auf Island noch munteres Leben herrscht, lagert über die Magdalenenbucht die große, starke Eisfarnheit. In den Monaten Juli-August wurden die wissenschaftlichen Streifzüge durch Nordwestspitzbergen angetreten. Man bediente sich der zusammenlegbaren Kieperboote, die man bislang bei solchen Reisen noch nicht als Beförderungsmittel gebrauchte. Der Zuschauer wird mit der Pflanzen- und Tierwelt nach Möglichkeit durch eine genaue Bildberichterstattung bekanntgemacht. Man bemerkt, daß die Tiere, so die Seebunde, gar nicht solche große Scheu vor dem Menschen haben, weil sie dieses gefährliche Raubtier noch nicht kennen. Ungeheure Schwierigkeiten hat selbst der Forscher von heute noch zu überwinden, wenn er auch mit seiner Radiostation Rauen auf 7000 Kilometer Entfernung hört. Die düstere Landschaft Spitzbergens über auch auf den Richtwillemschaffler einen großen Weg aus. e. h.

Wie sie die deutsche Sprache meistern! Ludendorffs Reichsblätter schreiben: „Ein würdiger Auktast zum Hindenburg-Sonntage in Köln bildete schon der vorherige Samstagabend. Nachdem der Frontkriegerbund z. B. mit seiner Beireiungsfest in der Nacht des 31. Januar in seinem Vereinshaus, schon bevor der letzte Brite Köln verlassen hatte, in die Öffentlichkeit trat, war es wiederum dem FKB, und auf seine Aufforderung hin, den im Tannenbergbunde vereinigten Verbänden vergrüßte, als erster vor allen anderen Organisationen auf die Straße unter die Massen zu gehen. . . . Alles in allem ein würdiges Herortreten, das dem Tannenbergbunde an Ansehen und Achtung eingetragen hat.“ — Ein würdiges Herortreten als mit dieser Art deutscher Sprache scheint uns kaum noch möglich.

Die Bücher und die Bühne des Tages behandelt Julius Bab in 5 Vorträgen, die Donnerstag vormittag 11 Uhr in dem August-Böcher-Saal, Reithstr. 11, beginnen.

Vorlesung Rudolf Cronherd. Der Vortragabend von Rudolf Cronherd den die Volkshilfe am 14. April im Rittleraal der Oper am Königsplatz veranstaltet, beginnt pünktlich um 8 Uhr. Eintrittskarten zu 60 Pf. am Saaleingang.

Die Cliven Leute geben ihrem nächsten Abend Donnerstag, den 8. April, in der Berlin, Kurfürstendamm 282. Es lesen: Hans Bauer („Reise an die Schwarze Reichswehr“ und andere), Kurt Hiller („Für Väter“), Walter Feibring („Abenteuer des Wolf Rein“), Erich Weiner („München“), Pauline Karbi (Rosa Kraus).

Der VI. Internationale Kongreß der Philologen wird vom 13.—17. Sept. an der Oswald Universität (Moskau) tagen. Die Philologen aller Nationen, darunter auch Deutschlands, sind eingeladen. Deutsch gehört zu den offiziellen Kongreßsprachen. Anfragen an Prof. John J. Coy, Columbia Universität, New York.

Erst recht Sozialpolitik!

Ein Mahnruf der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt.

Die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt wendet sich mit einem Mahnruf an Regierende und Regierte über die Daseinsnotwendigkeit dieser Internationalen Vereinigung. Der Mahnruf ist unterzeichnet von dem Staatskanzler a. D. Dr. Karl Renner-Wien, dem Forschungsdirektor Prof. Dr. Stephan Bauer-Basel, dem Generalsekretär Boiffard-Paris und dem Schatzmeister Dr. Karl von Blarer-Basel.

Aus der Verschmelzung dreier internationaler Verbände, des Permanenzkomitees für Sozialversicherung, der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt und der Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist die Internationale Vereinigung am 1. Oktober 1924 in Prag hervorgegangen. Die erste Versammlung wird am 22. bis 24. September dieses Jahres in Montreux stattfinden. Ihr Programm, das zum Teil spätere Tagungen zu Ende zu führen haben, besteht aus folgenden Punkten: 1. Schutz und Versicherung der Privatangehörigen; 2. Statut der öffentlichen Angestellten; 3. Ruhepausen, Urlaube; 4. Bericht über die Betriebsräte; 5. Mindestlöhne in der Heimarbeit; 6. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch internationale Kreditkontrollen zur Bekämpfung der Krisen und zeitliche Verteilung der öffentlichen Arbeiten; 7. Schutz der Auswanderer; 8. Internationale Unfallversicherung; 9. Mutterchaftsversicherung; 10. Rentenauszahlung an im Ausland verfallende Arbeiter oder ihre Angehörigen durch eine internationale Zentralstelle und 11. Wissenschaftliche Kontrolle der Berechnungsweise der sozialen Belastung sowie der Hebung der Volkswirtschaft durch die Sozialversicherung.

Der Mahnruf sagt: „Zur Durchführung einer den steigenden Ansprüchen des Berufslebens an geistige und physische Arbeit entsprechenden Arbeitspolitik gehören drei wesentliche Requisite: Richtung, Räumlichkeit und Volkzug. In welcher Richtung sich die soziale Politik zu bewegen hat, vermag nur wissenschaftliche Beobachtung und Einsicht in das Ganze der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erschließen. Daher wendet sich die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt an die Männer der Arbeitsforschung im weitesten Sinne, Psychologen, Pädagogen, Pädagogen, Ethiker, Hygieniker, Sozialökonom, Statistiker, Arbeitsjuristen, Soziologen. Aus der Erkenntnis für die Praxis der Verwaltung Schlüsse zu ziehen, die Ergebnisse der Wissenschaft in verwertbare Form zu bringen, ist Sache der Gesetzgeber, derjenigen also, die durch Normen irgendeiner Art ökonomische Entscheidungen festlegen, von Tarifvertrag und Schiedsentscheid bis zu Gesetz und Verordnung.“

Drittens aber ermahnt jede Norm die Bürgerschaft des Volkzugs und Kennnis seiner Technik. Daher wendet sich die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt an Betriebsräte, Arbeitersekretäre, Jugendpflegerinnen, Sozialingenieure, Versicherungs- und Aufsichtsbeamte, an das Heer der freien und staatlichen Sozialbeamten, die zwar in den letzten zwanzig Jahren durch die Errichtung besonderer Verwaltungskörper und Arbeitsministerien sichtbare Spitzen erhalten haben, denen es aber an gemeinsamer Orientierung im Sinne einer weltumspannenden Entwicklung wie an der Gelegenheit zur Mitarbeit an einer solchen fehlt. Die sozialen Verwaltungen werden ohne Anregung von außen leicht zum willenlosen Werkzeug der Routine; im internationalen Wettstreit steigt ihre Leistungsfähigkeit für ihre eigene Nation.

Wierens aber geht unser Ruf an die sozial gesinnten und ökonomisch denkenden Menschen aller Völker ohne Unterschied, an die Vertreter aller Weltanschauungen, denen die Pflege des Gemeinschaftsinteresses über die Zwecke der Selbstsucht geht, durch Anschluss an die bestehenden, durch Bildung neuer Gruppen die gegenwärtig rund 8000 Mitglieder starke Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt zu einer Form internationaler Solidarität, zu einer Schutzwehr gegen neue Kriege, neue Zerrüttungen, zu einer lebensvollen Stätte freier Gesellschaftsforschung zu gestalten.

Die Republik der Arbeit und der Geister ist in Gefahr. Durch ehrliche freie Wirtschaftsforschung zur vollsten Entfaltung von Leistung, Kaufkraft und Kulturerweiterung der Arbeit, durch ehrliche Freundschaft zum Völkerverständnis zu gelangen, das sind die Wege der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt.“

Die Not im Lehrerberuf.

Eine Verordnung der preussischen Regierung.

Das preussische Staatsministerium hat eine Verordnung erlassen und dem Staatsrat zugehen lassen, wonach die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Leiter und Lehrer von staatlichen Lehr- und Lehrerinnenbildungsanstalten bei Verlust des Vortrages verpflichtet sind, unter den Voraussetzungen der §§ 6 und 7 der Verordnung vom 26. Februar 1919 freie Planstellen an öffentlichen Volks-, öffentlichen mittleren Schulen und nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten zu übernehmen oder zeitweilig wahrzunehmen. Aus der beigefügten Begründung gibt der Amtsliche Preussische Pressedienst folgendes bekannt:

In Kreisen der Lehrerbildner wird die Auffassung vertreten, daß sie als Staatsbeamte nicht verpflichtet werden könnten, Stellen im nichtstaatlichen Schuldienst gegen ihren Willen anzunehmen; es bedeute dies eine Verletzung wohlbekannter Rechte, die nur durch ein mit qualifizierter Mehrheit angenommenes Reichsgesetz angenommen werden könne. Dieser Auffassung kann das Staatsministerium nicht beitreten; es ist vielmehr der Meinung, daß das eingangs erwähnte Gesetz über die Unterbringung der Leiter und Lehrer bisher staatlicher Lehrerbildner eine unannehmliche rechtliche Grundlage bietet, die Lehrerbildner nötigenfalls auch ohne ihr Einverständnis in Stellen des nichtstaatlichen öffentlichen Schuldienstes einzuweisen.

Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Wichtigkeit des Gesetzes im Prozedere bestritten und seine Anwendung dadurch um Monate verzögert wird. Da aber mit Rücksicht auf den bevorstehenden Beginn eines neuen Schuljahres mit seinen besonders zahlreichen Neubestellungen erzielbarer Schulstellen auf unverzügliche Durchführung des Gesetzes der größte Wert gelegt werden muß, so hält das Staatsministerium in diesem Fall die Anwendung des § 8 Absatz 2 der Vortragsverordnung vom 26. Februar 1919 für erforderlich, um die Lehrerbildner durch Staatsministerialbescheid zur Annahme von Stellen im nichtstaatlichen Schuldienst zu verpflichten.

Fachkenntnistest in Wien. Im Apollotheater kam es bei der Verführung der Hallerischen Reuse zu lebhaften Zwischenfällen. Etwa 15 italienische Studenten protestierten durch Rufen und Pfeifen gegen die Verpötlung Mussolinis. Von der Galerie, wo sich die Studenten befanden, schickte sich der Rufe fort, wo das Publikum gegen die Rufe protestierte. Die italienischen Studenten wurden schließlich durch die Polizei aus dem Theater entfernt.

Im „neuen“ Tiergarten.

In unserer Stadt der „eilenden“ Menschen, im Zeitgeist der Hastpulschale, der wirtschaftlichen Hehjad, wird es mehr denn je für das wertvolle Volk zum Bedürfnis, seine karg, knapp bemessene Freizeit zu genießen, um sich im Freien, in der grünenden, sprossenden Natur zu erholen, Herz und Gemüt am erwachenden Leben zu stärken und sich zu erfrischen.

Berlin ist in der glücklichen Lage, eine der anmutigsten Parkanlagen, ein Dorado im dumpfen, lichtlosen Chaos des Häusermeeres zu besitzen — den Tiergarten. Leider wurde — unbegreiflicherweise — in den letzten zwölf Jahren für die Renovierung, die Instandhaltung der weitverzweigten Anlagen, die fast ein ganzes Stadtviertel ausfüllen, herzlich wenig getan. Im vergangenen Jahre hat nun die Stadt Berlin für die Erhaltung und Ausschmückung des Tiergartens einen Betrag von 20000 Mark bewilligt. Mit Freude muß festgestellt werden, daß diese Summe unter der neuen Leitung des Unternehmens nutzbringend verwendet wurde. Die teilweise zerfallenen Bänke, die verbogenen, verrosteten Gitter, die verwilderten Hecken und zerstreuten Wege sind gründlich ausgebessert worden. Neue Pflanzungen beim Spielplatz und bei der Schülerstraße haben viel zur harmonischen Verschönerung beigetragen. Am Reuen See gewähren neu aufgestellte Bänke ersehnte Sitzgelegenheit, um in Beschaulichkeit die nennenderberühmte Ruhe des verträumten Sees auf sich wirken zu lassen. Ein ganz farbenprächtiges Bild bietet jetzt der Rosengarten mit seinen frisch gestrichenen weißen Bänken, der neuen gelblichen Befestigung der Wege. Mit größten Schwierigkeiten war die Erneuerung des Kinderspielplatzes verbunden.

Nicht unerwähnt soll die „Liesegabe“ einer holländischen Firma von 20000 Kragzweigen sein, die an der Charlottenburger Chaussee bereits in Blüte stehen. Ein sehr günstiger Abschluß gelang auch dem Leiter des Tiergartens, Direktor Pümm: er erhielt von der Ausschachtung des Europahauses am Anhalter Bahnhof fast 1700 Kubikmeter Erde unentgeltlich für die notwendigen Neupflanzungen und für die teilweise nötig gemordene Aufschüttung des abschüssigen Bodens.

It bis jetzt auch noch nicht der ganze Tiergarten unter die kritische Lupe der Wiederherstellung genommen, die so lange grenzenlos vernachlässigt wurde, so ist doch in diesem Jahre noch mit der Vollendung zu rechnen. Hoffen wir von der Leitung, daß neue Beizen nicht nur im Anfange gut gehen, damit die tausende Erholungsbedürftigen, all die unterernährten Kinder und abgearbeiteten Frauen mit wistlicher Freude sich im Tiergarten von schwerer Arbeit und drückenden Sorgen wenigstens für Stunden ausruhen können.

Durchstechereien bei der „Aga“.

Ein Kaufmann Karl August Reuter verhaftet.

Große Veruntreuungen sind bei der Automobilisten-Gesellschaft „Aga“ aufgedeckt worden. Ihr Aufrichter war ein 30 Jahre alter, aus Düsseldorf gebürtiger Kaufmann Karl August Reuter, der in der Roonstraße 1 einen Almetallgroßhandel betrieb. Dieser Reuter, der früher einmal Koch gewesen sei, spielte den großen Mann und gab sich für den Sohn eines rheinischen Großindustriellen aus.

Durch sein sicheres und gewandtes Auftreten kam er auch in die Geschäfte der „Aga“ hinein. Hier verstand er es, sich bei Angestellten beliebt zu machen. Durch Zusicherungen und Versprechungen verschaffte sich Reuter Preis- und Gewichtsherabsetzungen. Schließlich brachte er es soweit, daß Verkaufssortiers nicht mehr durch die Buchhaltung gingen, und daß er auf diese Weise nicht nur Almetall, sondern ganze Maschinen, Revolver, Sägen, Schneidbänke, Bohrmaschinen usw., auch Messing als Weisen erhielt, ohne dafür auch nur einen Pfennig zu bezahlen. So konnte er denn weit billiger verkaufen als die Konkurrenz. Dadurch aber erregte er auch Verdacht. Die bisher angestellten Feststellungen haben ergeben, daß er etwa 8000 Mark „Schmiergelder“ bezahlte und dafür gegen 100 000 Mark erbeutet hat. Von dieser großen Summe aber besitzt er nichts mehr. Reuter wurde verhaftet.

Polizei und Verkehrsregelung.

Der Polizeipräsident, Genosse Orzesinski, erklärte heute mittag Pressevertretern, daß die Auflagen zur Verkehrsregelung, die die Polizei der Stadtgemeinde und den Verkehrsunternehmen sowie den Fuhrwerksbesitzern macht, auf die Finanzverhältnisse der damit Belasteten Rücksicht nehmen müssen; die Erfüllung unterbleibe nicht selten, weil die Mittel dazu fehlen. Manchmal werden solche Verfügungen auch angefochten; so z. B. als die Polizei die Befestigung der Verkaufshäuschen in der Kronenstraße forderte. Die Polizei hofft, daß Straßenbahn, Untergrundbahn und Omnibusse jetzt unter gemeinsamer Verwaltung kommen, sich also ergänzen, nicht aber in Zukunft einander Konkurrenz machen werden. Die Straßenbahn bewältigt 42 Prozent des Gesamtverkehrs, ist also von außerordentlicher Wichtigkeit — jedenfalls von größerer als der Omnibus, der doppelt soviel Straßendbreite braucht als seine für Personen benutzbare Fläche darstellt. Das Hauptproblem ist die weitere Entlastung der Straßen durch Ausbau der Untergrundbahn. Das Präsidium teilte weiter mit, daß die Straßenbahn darauf hingewiesen worden ist, das Abbluten durch die Schaffer in den Wagen nicht zu früh erfolgen zu lassen. Eine neue Verkehrsordnung mit Berücksichtigung der Erfahrungen des letzten Jahres unterliegt jetzt der gemeinsamen Prüfung von Polizeipräsidium und Magistrat.

Vogerei auf offener Straße.

Schwere Ausfärbungen gegen einen Polizeibeamten verübten gestern abend eine Anzahl junger Leute auf dem Humannplatz im Grenzgebiet von Wehneses und Pantow. Die Burlesken zogen sich auf der Straße ihre Borhandtücher an und veranstalteten regelrechte Kämpfe. Bald sammelten sich Reugierige an, und so wurde der ganze Verkehr gesperrt. Ein Schupwachmeister versuchte zunächst in Güte, dem Unfug ein Ende zu machen. Damit hatte er aber nicht den geringsten Erfolg. Als er sich nun entschloß, den Hauptschreier und Rädelsführer aus der Menge herauszugreifen, um ihn zur Freistellung nach der Wache zu bringen, fielen die Burlesken über ihn her, um den Festgenommenen zu befreien. Es entspann sich nun ein Kampf, in dem der Beamte mit einem schweren Gegenstand einen Schlag erhielt, der ihm eine flache Kopfwunde beibrachte. Als auf den Arm mehrere Beamte herbeieilten, ergriff die ganze Gesellschaft einschließlich des Beleidigten die Flucht und entkam. Bisher konnte leider niemand festgestellt werden.

Kurz- oder langhaarig?

Es gibt immer noch für viele jüngere und ältere Damen die Frage: Langes Haar oder Bobitopf? Sie wird jedoch weder nach der kurzen oder langen Seite hin richtig gelöst werden, selbst wenn der Bobitopf die Mehrheit beherrscht. Denn abgesehen von der ästhetischen Geschmacksrichtung, begegnet der Bobitopf auch gewissen natürlichen Hemmnissen. Es wäre gut, wenn der Mantel der Nächstenliebe ausreichte, sie so zu verdecken, wie es hier geschieht. Den Damenfrisuren ist der Bobitopf zweifellos lieber als das Langhaar. Doch verachten sie deshalb keineswegs das Geschäft, das ihnen die Bobitopfruren noch bietet.

Wenn nun die rührige Fachabteilung des Arbeitnehmersverbandes des Friseur- und Haargewerbes bei ihrem jüngsten Modeabend am Sonntag in Haverlands Festsaal nur Gesellschaftsfrisuren aus langem Haar auf ihr Programm gestellt

hatte, so darf dies keineswegs als der Beginn einer Wende vom Bobitopf aufgefaßt werden. Um so weniger, als es sich um die Schaffung von Frisuren aus eigenem Haar handelt, wobei jedweder Haarertrag oder sonst irgendwelche künstliche Nachhilfe streng verpönt war. Es zeigte sich, daß dieses Ziel etwas hochgesetzt war, denn es machte einige Schwierigkeiten, jetzt noch junge Damen mit langem Haar als Modelle zu finden. Schließlich gelang es aber doch, für die neun in Wettbewerb tretenden Friseurinnen die nötigen Langbehaarten zu gewinnen, die für ihre Gebuld bis zu 30 Minuten mit recht hübschen Bobitopfruren belohnt wurden. Für die Friseurinnen ging der Wettbewerb um eine goldene Uhr, um die bereits auf zwei vorhergehenden Modeabenden getämpft, vielmehr getämpft worden war. Die Entscheidung war schwer, da sowohl Schübe wie Kuchagen die gleiche Anzahl von 236 Punkten und die gleiche Zeitdauer von 140 Minuten — für drei Frisuren insgesamt — zu verzeichnen hatten. Das Los entschied zu Gunsten des letzteren. Schübe errang den silbernen Pokal samt dem zweiten Preis, während der dritte Preis an Max Lange fiel.

Die Bescheidungsorganisation hat mit dieser sachlich hochstehenden Veranstaltung erneut den Beweis geliefert, daß der Verband durch seine Fachabteilung auch die sachlichen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen versteht, ohne dabei der in den verschiedenen Fachvereinen kultivierten Fachimpulse zu verfallen, bei der die wirtschaftlichen Interessen mißachtet werden.

Blumen am Schultor.

Eine weltliche Schule in Charlottenburg.

In Charlottenburg wurde heute die weltliche Schule eröffnet, die im Schulhause an der Spreestraße eingerichtet worden ist. Sie ist die erste des Verwaltungsbezirks Charlottenburg — und Charlottenburg ist unter den Verwaltungsbezirken des Westens der erste, der eine weltliche Schule erhält. Insofern haben wir die Eröffnung dieser weltlichen Schule als ein Ereignis von ganz besonderer Bedeutung zu buchen. Viel Mühe, von der die Fernstehenden sich keine rechte Vorstellung machen können, ist nötig gewesen, um das Werk zustande zu bringen. Über die Freunde der weltlichen Schule wußten im voraus, daß in Charlottenburg, wo die Schulreaktion leider noch recht stark ist, besondere Schwierigkeiten zu überwinden sein würden. Sie sind überwunden worden — und groß ist nun die Freude der Eltern, daß ihren Kindern eine Stätte geboten wird, an der ihnen eine freie Entwicklung möglich ist. Der Freie Schulgemeinde Charlottenburg und ihrer unermüdbaren Werbearbeit ist es zu danken, daß in diesem Bezirk endlich die weltliche Schule eingerichtet werden konnte, die von vielen Eltern längst schmerzlich vermißt wurde. Am Eröffnungstage war der Eingang des Schulhauses mit Blumengirlanden geschmückt und ein Plakat „Willkommen in eurem neuen Heim!“ grüßte die eintretenden Kinder. Blumen am Schultor — das soll den Kindern eine Verheißung sein, daß ihnen diese Schule eine Stätte der Freude und des Glückes werden wird, ihnen und dem Lehrerkollegium, das sich hier zusammengefunden hat. Leider ist es nicht möglich gewesen, alle gemeldeten Kinder schon in dieser ersten weltlichen Schule Charlottenburgs unterzubringen. Die Zahl der Meldungen war so groß, daß die Schule sich rasch füllte, und schon jetzt ist nicht daran zu zweifeln, daß in nicht ferner Zeit eine zweite weltliche Schule für Charlottenburg wird eingerichtet werden müssen. Manchem anderen Bezirk, der trotz überwiegender linksgerichteter Bevölkerung noch nicht eine einzige weltliche Schule hat, gibt jetzt Charlottenburg ein Beispiel und Muster, das Nachahmung verdient.

Deutschnationales Geschrei über die Krankenkassen.

In der 9. Aprilnummer der schwarzweißen Nacht Ausgabe des Hugenbergschen „Tag“ läßt ein Herr Professor B. unter folgenden Schlagzeilen eine Epistel gegen Krankenkassen und alles andere Unglück für den „handstreuen deutschen Arzt“ los: „Hungerlöhne der Krankenkassen — 300 M. Witwenrente — Wirtschaftselend und sittlicher Verfall — der geprellte Leibzucht.“ „In den Zeiten Goethes.“ so läßt der Herr Professor an „galt der Arzt mehr als tausend Sterbliche, denn damals gab es noch keine kollektive Massentötung und keine Krankenkassen.“ Heute aber müssen mehr als 90 Proz. der Ärzte Kasienpraxis ausüben, was besagt, daß die Privatpraxis nicht ernährt. Er findet es aber wegen der „schämend niedrigen Entlohnung“ so unerhört, „daß man in jüngster Zeit die Familienbehandlung in den sogenannten Ambulatorien, also in Kasienkliniken monopolisiert und manche Obliegenheiten, die früher dem Arzt zufielen, den verschiedenartigsten Wohlfahrtsvereinigungen, Fürsorgestellen und beamteten Ärzten zugewiesen habe.“ Also darüber sei der Herr Professor, daß die Frauen und Kinder der versicherten Proletarier nicht mehr wie früher als unversicherte Privatpatienten der Privatpraxis der Ärzte zufallen. Doch jetzt in den Oriskantenklassen alle Erwerbslosen, und zwar in der niedrigsten Beitragssklasse, versichert sind, bei gleichen ärztlichen, arzneilichen und sonstigen Leistungen, erwähnt der Herr Verfasser nicht. Ebensovienig spricht der Herr Verfasser davon, daß nach dem Buche „Krisis der deutschen Ärzteschaft“ des Berliner Arztes Dr. Ernst Meyer sich an in Friedenszeiten der größte Teil der Berliner Ärzteschaft nicht aus dem Einkommen aus der Praxis, sondern von seinem ererbten Privatvermögen oder der Wittgalt seiner Frau lebte. Gerade die Klage über die Verproletarisierung des deutschen Arztes und über seinen „sittlichen Verfall“ steht aber einem Blatte der Hugenbergschen besonders schlecht an, denn gerade die Kapitalisten, die der Weltanschauung dieser Treffe hübsigen, haben die Kreise expropriert, aus denen sich früher der Arztesstand hauptsächlich rekrutierte und die die größte selbstzahlende Patientenzahl stellten, nämlich die mittlere und kleinere Bourgeoisie und die besser bezahlten Lohnarbeiter.

Tragischer Tod eines Heizers. Heute morgen, kurz vor 10 Uhr, wurde der 60 Jahre alte Heizer Friedrich Scameit im Heizungsraum der 126. Gemeindefschule, Kulinstraße, am Boden liegend bewußtlos aufgefunden. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Untersuchung ergab, daß aus den Lungen Kohlenoxydgase geströmt waren, durch deren Einwirkung der Heizer den Erstickungstod fand.

„Dauig, das Kleinstod der Offiziere“ lautet das Thema des Vortrages, den Herr Oberstudienrat Dr. v. Biedt in der Trepptom-Sternwarte am Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr im „Berein von Freunden der Trepptom-Sternwarte“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder hielt. Ohne haben gegen Öffnung einer Karte Zutritt. Samstag, den 17., 8 und 9 Uhr und Sonntag, den 18., 4, 6 und 8 Uhr findet die Vorführung des Films „Duna, die Tochter des Korallenriffes“ statt.

Die Jahreszeiten von Josef Dahn für Chor, Soli und Orchester kommen durch das Volkshilfsamt am 1. April, am Freitag, den 16. 4. abends 8 Uhr, im Erdraum, Holtenauer, Ecke Gräberstraße, zur Aufführung. Mitwirkende: Emma von Stellen (Soprano), Frieda Wille (Tenor), Martin Wiedersheim (Bariton), Berliner Violoncellisten und das Berliner Sinfonie-Orchester. Musikalische Leitung: A. Strömman. Eintrittspreis für Mitglieder und Jugendliche 75 Pf., für Gäste 1 M. Karten im Volkshilfsamt, Nordstr. 11, Zimmer 136, und an der Abendkasse.

Ein schmerzliches Automobilunglück, bei dem eine Person getötet wurde, ereignete sich auf der Chaussee Steinitz-Swinemünde, in alternativer Nähe von Gollnow. Der Kraftwagen des Swinemünder Hotelbesizers Fritz Jörn geriet ins Schleudern, stürzte eine Böschung hinab und überschlug sich. Fünf Insassen wurden unter den Trümmern des Automobils begraben. Der Hotelbesitzer erlitt schwere innere Verletzungen. Seine Frau trug Armbrüche davon. Der Sohn, der zusammen mit seiner Ehefrau und seinem vier Jahre alten Kinde die Fahrt mit seinen Eltern machte, kam mit leichten Verletzungen davon. Seine Frau dagegen trug schwere innere Verletzungen und einen Schädelbruch davon, so daß sie bereits auf dem Transport nach dem Swinemünder Krankenhaus verstarb.

Gewerkschaftsbewegung

für die Erwerbslosen in Berlin.

Beschlüsse des Berliner Stadtverordneten-Ausschusses.

Der Ausschuss beschloß in seiner Sitzung am Montag mit den Anträgen auf a) Auszahlung einer Wirtschaftsbekämpfung von 50 Mark an die Erwerbslosen zu Ostern, b) Anrechnung der Rentenbezüge der Kriegssopfer auf die Erwerbslosenunterstützung, c) Zahlung der Mietbeihilfe an Erwerbslose, die als Untermieter einwohnen, d) Maßnahmen für die in den Rehbergen entlassenen Reichswehrarbeiter.

Der Antrag a wurde von den Kommunisten zurückgezogen und der Antrag b und c von den Genossen einstimmig angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Bezirkswohlfahrtsämter anzuweisen, den Erwerbslosen, die länger als 13 Wochen ohne Entschädigung und Einkommen sind, durch ausreichende Sonderbeihilfe aus Wohlfahrtsmitteln Erleichterung zu sichern und den Wohlfahrtsämtern zur Durchführung der Maßnahme die Mittel zuzuführen. Zu diesem Zweck erwartet die Versammlung eine entsprechende Vorlage des Magistrats.

Der Antrag b: „Der Magistrat wird ersucht, bei der Reichsregierung bzw. dem Reichsarbeitsministerium vorstellig zu werden, daß künftighin bei den in Beschäftigung stehenden Kriegssopfern, sofern sie arbeitslos werden und bisher ihre Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge gezahlt haben, eine Anrechnung der Rentenbezüge auf die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr stattfinden darf.“ wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag c wurde angenommen von Sozialisten und Kommunisten. Er lautet: „Eine große Zahl der Obdachlosen sieht sich zu sammen aus ledigen Erwerbslosen, denen es nicht möglich ist, von der geringen Unterstützung noch die Miete für Schlafstellen oder möblierte Zimmer aufzubringen. Um nun der großen Obdachlosigkeit zu steuern, beschließt die Stadtverordnetenversammlung: die Mietbeihilfen, die an Erwerbslose gezahlt werden, erhalten auch diejenigen Erwerbslosen, die keine eigene Wohnung haben, sondern als Untermieter einwohnen. Der Magistrat wird ersucht, dem Beschluß beizutreten.“

Der Antrag d wurde zurückgezogen mit der Begründung, daß durch Verhandlungen mit dem Bezirksamt Bedding ein befriedigendes Ergebnis erzielt wurde. Diese Erklärung wurde von den Kommunisten im Ausschuss abgegeben.

Die Transportarbeiterlöhne in der Metallindustrie.

Der Schiedspruch vom 26. März, der entgegen der Absicht des B.M.A. die niedrigen Löhne der Transportarbeiter noch um zehn Prozent zu kürzen, das geltende Lohnabkommen bis zum 31. Mai verlängert, hat nicht die Zustimmung des B.M.A. gefunden. Das Metallwerk der beteiligten Gewerkschaften beantragte daher die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsrichters.

Bei den heutigen Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung klärten die Vertreter des B.M.A. durch Abwesenheit. Offenbar hält der B.M.A. seine schmächtige Lohnrückgangaktion für vorläufig ausichtslos. Denn die jetzigen Wochenlöhne betragen nach Abzügen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen etwa 16 M., für Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre 20 M. und für Transportarbeiter über 21 Jahre etwa 28 M. Und diese Löhne sollten nach der Absicht des B.M.A. noch um zehn Prozent „ermäßigt“ werden. Daraus wird nun bis Ende Mai zunächst hoffentlich nichts werden. Allein schon die Absicht einer derartigen Lohnrückgangaktion zeigt den B.M.A. in seiner ganzen Glorie.

Die Berliner Magistratsangestellten.

In einer von etwa tausend Magistratsangestellten besuchten Versammlung am Montag in der Stadthalle referierte Genosse Zeig vom Zentralverband der Angestellten über die Forderung der Arbeitsbedingungen der Zeitlichen und des 4. Angestellten-Tarifvertrages. Die unterschiedliche Auslegung der Bestimmungen durch die Bezirksämter hat den JdA. veranlaßt, im Oktober 1925 das tarifliche Schiedsgericht anzurufen, das sowohl in erster als auch in zweiter Instanz den Magistrat Berlin verpflichtet hat, Angestellte, die länger als vier Monate beschäftigt werden, nach allen Bestimmungen des Tarifvertrages zu behandeln. Die Verhandlungen mit dem Magistrat über Neuformulierung einiger Bestimmungen dieser Arbeitsbedingungen stehen vor dem Abschluß. Zeig berichtete weiter, daß der Personalausschuß wie auch die Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit beschlossen haben, die „Zeithilfe“ zu beseitigen und alle Angestellten fest einzustellen. Diesem Beschluß ist der Magistrat nicht beigetreten. Außerdem wurde über die immer noch nicht entschiedene Streitfrage, ob die Erwerbslosenfürsorgebestände der Arbeitsnachweise seien, berichtet. Das preussische Wohlfahrtsministerium hat vor

einigen Monaten entschieden, daß die Angestellten der Erwerbslosenfürsorge unter den § 13 des Arbeitsnachweisgesetzes fallen, während das Reichsarbeitsministerium mit dem JdA. die entgegengesetzte Auffassung vertritt.

Auch die neuen Bestimmungen des Wehrmachtsversorgungsgesetzes, die eine neue Bedrohung für die Existenz der Behördenangestellten bedeuten, wurden erörtert. Ein Vertreter des JdA. versuchte in der Diskussion für seine Organisation Stimmung zu machen, fand aber bei der Versammlung keinerlei Anklang. Seine Ausführungen veranlaßten den Genossen Zeig, im Schlußwort einseitig festzustellen, daß auch die Demokratische Partei im August 1925 im Plenum des Reichstags sich gegen ein gesetzliches Verbot, Angestellte zugunsten von Versorgungsanwärtern zu entlassen, gewandt habe und daß nur die Arbeiterparteien im Reichstage für diesen vom JdA. veranlaßten Antrag gestimmt haben. In der Versammlung kam klar zum Ausdruck, daß die Magistratsangestellten nach wie vor als ihre Interessenorganisation den freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten anerkennen.

Der Lohnvertrag der Affordmurer verlängert.

Am 9. Oktober wurden die Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Baugeschäfte und dem Deutschen Bauergewerksbund und dem Verband der Affordmurer über den Abschluß des Affordmurer-Lohnvertrages fortgesetzt. In der Verhandlung wurde über weitere Differenzpunkte ein Einverständnis erzielt. Die Verhandlungen wurden jedoch vertagt, um beiden Parteien Gelegenheit zu geben, sich im engeren Kreise zu verständigen. Man einigte sich dahin, daß der am 31. März abgelaufene Tarifvertrag für Affordmurer wie auch für Affordmureinträger in seinem bisherigen Wortlaut bis zum 30. April weiterläuft. Ueber den Zeitpunkt der weiteren Verhandlungen werden sich die Parteien verständigen.

Arbeiterentlassungen auf Zeche Kaiserstuhl I und II.

Dortmund, 13. April. (T.L.) Infolge weiterer Absatzschwierigkeiten sieht sich die dem Eisen- und Stahlwerk Hoopshof gehörende Zeche „Kaiserstuhl I und II“ in Dortmund zu weiteren Arbeiterentlassungen gezwungen. So werden am 15. April 600 Bergleute zum 1. Mai dieses Jahres gekündigt. Schon jetzt ist mit dem Vagern der Kohle auf Halben begonnen worden.

Das deutsch-polnische Arbeiterproblem.

Am Schluß der letzten Besprechungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die Regelung der Saisonarbeiterfrage war vereinbart worden, daß bald nach Ostern Verhandlungen zur Schaffung eines endgültigen Abkommens über die Wanderarbeiterfrage stattfinden sollen. Bis zur Stunde ist jedoch von polnischer Seite keine Anregung für den Beginn dieser Verhandlungen erfolgt. Das Polen bis jetzt zugestandene Saisonarbeiterkontingent beträgt 130.000 Arbeiter. Davon sollen etwa 60.000 in Deutschland bleiben. Neu zugewandert sind nach Rechnungen des polnischen Auswanderungsamtes etwa 40.000 Arbeitskräfte. Zur Klärung der Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt wäre der baldige Abschluß eines endgültigen Abkommens über die Frage des Wanderarbeiterkontingents, das bei der Massenarbeitslosigkeit für Deutschland besonders dringend notwendig ist, dringend notwendig.

Tagung des französischen Gewerkschaftsbundes.

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Gewerkschaftsverband hat am Montag an das gegenwärtig hier tagende Nationalkomitee des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes ein Schreiben gerichtet, in dem er die Herstellung einer gemeinsamen Front im Hinblick auf den 1. Mai vorschlägt. Ein gemeinsames Programm soll dieser Aktion zugrunde gelegt werden. Eine Antwort des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes ist noch nicht erfolgt.

Die gestrige Nachmittagsitzung des Nationalkomitees des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes war der Beratung über die sozialen Reformen, die die Arbeiterorganisationen durchführen wollen, gewidmet. Eine Kommission ist gebildet worden, die die Wünsche der Arbeiterklasse bezüglich der Beschleunigung der verschiedenen Reformen in einer Resolution niederlegen soll, um diese dann der Regierung zu unterbreiten. Im Laufe der Sitzung wurden von verschiedenen Delegationen Klagen gegen die unkontrollierten Einführungen ausländischer Arbeiter nach Frankreich durch Privatagenturen geführt.

Zur Krise im englischen Bergbau.

London, 12. April. (T.L.) Am morgigen Nachmittag findet die entscheidende Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und der Exekutive der Bergarbeiter statt. Die Exekutive der Bergarbeiter wird außerdem morgen zu einer Sonderitzung zusammenkommen. Im Lager der Bergarbeiter bezeichnet man, wie die „Daily News“ berichtet, die Annahme des Kohlenberichtes durch die Grubenbesitzer als eine Irreführung der Bergarbeiterschaft. Die Grubenbesitzer könnten danach den Kohlenbericht in ihrem Sinne

auslegen. Es würde damit ein falsches Bild von der gesamten Lage in der Kohlenkrise gegeben. Eine solche Politik könnten die Bergarbeiter keinesfalls mitmachen. Nach wie vor stellen den kritischen Punkt in den Unterhandlungen die Revision der Lohnsätze dar. Es handelt sich hierbei um die Frage der Anwendung allgemein gültiger Tarifgrundsätze für den gesamten Bergbau, die den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden müssen. Auf alle Fälle sind die Ausschüsse auf eine Einigung zweifellos schlechter geworden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk Westfalen. Die für morgen, Mittwoch, 6 1/2 Uhr, in Reichels Festhallen angelegte Bezirksversammlung fällt aus.

Sport.

Jagden und Ueberrundungen.

Miethe schwer gestürzt.

Die schon im heutigen Morgenblatt mitgeteilt wurde, hatten die Veranstalter dank der niedrigeren Eintrittspreise ein besser besuchtes Haus. Auch der heutige Tag gilt noch als Volkstag. — Bei einer Jagd kurz vor 1 Uhr zieht Bauer tapfer los. Das Feld macht keine Miene nachzugeben, und so gelingt es Bauer, gemeinsam mit seinem Partner eine Runde aufzuholen. Sieben Minuten (!) vor Beginn

der Zweifelnachtwertung

läßt die Rennleitung eine Prämie ausfahren, die Anlaß zu einer großen Jagd gibt. Während das Feld wild die Bahn umkreist, verlieren Bauer-Busse eine Runde. Die Jagd geht weiter, die zweite Nachstunde ist überföhren. Miethe und Eaton kürzen. Der Amerikaner ist glimpflich davongelassen, Miethe ist schwerer betroffen und muß mit der Bahre von der Bahn transportiert werden. Die tapfere, aber vergebliche Gegenwehr der Koch-Miethe konnte einen Rundenverlust nicht aufhalten! Das Rennen wird neutralisiert. Später wird bekannt, daß Koch-Miethe, Longardt-Behrndt und Bauer-Busse je eine Runde verloren haben. Bauer-Busse erhalten außerdem eine Strafrunde kurz vor 1/3 Uhr wird bekanntgegeben, daß das Rennen nur noch für Koch-Miethe, insbesondere für Miethe, neutralisiert bleibt. Koch darf jeden weiteren Spurt mitbestreiten.

Die Spurts brachten folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Gottfried vor Binda, Eaton und Frederik; 2. Spurt: 1. Beckman vor Bauer, Sergent und Junge; 3. Spurt: 1. Gottfried vor Binda, Frederik und Bauer; 4. Spurt: 1. Binari vor Hürtgen, Hahn und Louet; 5. Spurt: 1. Beckman vor Gottfried, Sergent und Hahn; 6. Spurt: 1. Eaton vor Binari, Junge und Frederik; 7. Spurt: 1. Beckman vor Sergent, Gottfried und Hahn; 8. Spurt: 1. Junge vor Hürtgen, Eaton und Louet; 9. Spurt: 1. Behrendt vor Binda, Gottfried und Sergent; 10. Spurt: 1. Louet vor Frederik, Junge und Longardt.

Während der Wertung gelang es den Paaren Bauer-Busse und Longardt-Behrndt, ohne daß das übrige Feld den Ausreißern nachsehen, eine Verlustrunde zurückzugewinnen. In den Morgenstunden verlieren Bauer-Busse bei einer Jagd abermals eine Runde! Der als Erfolge man fahrende Rariin wird aus dem Rennen genommen!

Der Stand nach der Nachwertung ist folgender: 1. Sergent-Louet 263 Punkte. Eine Runde zurück; 2. Beckman-Eaton 179; 3. Gottfried-Junge 174; 4. Frederik-Lorenz 93; 5. Koch-Miethe 86 Punkte. Drei Runden zurück; 6. Standort-Hahn 72; 7. Dehans-Hürtgen 65 Punkte. Drei Runden zurück; 8. Binari-Binda 89 Punkte. Vier Runden zurück; 9. Bauer-Busse 77; 10. Longardt-Behrndt 67 Punkte.

Bis um 6 Uhr hat das Feld insgesamt 2745,260 Kilometer zurückgelegt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Billig! Gebraucht! bringt wiederum das bekannte Großdetail-Schuhgeschäft Behrendt, Mönkestr. 25, mit seinen weiteren Verkaufsstellen Rottbuser Damm 14, Frankfurter Allee 54 und Schöneberg, Hauptstr. 160. Die Firma, die es bis jetzt herausgebracht hat, der Großhändler-Vendition gute Schuhe für wenig Geld zu beschaffen, bringt nicht nur in den seltenen Straßenständen, sondern auch in den modernen Frühjahrs- und Dampfschuhen erteilend billige Angebote in guter Ware. Es sei hier besonders auf das heutige Interat hingewiesen. Die 21 Schuhmacher setzen jeden in Erfahrung.

Verantwortlich für Politik: Richard Beraheim; Wirtschaft: Erich Salzenberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fußball: Dr. John Schilowetz; Lokal- und Kontinente: Fritz Kerschütz; Wägen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlags: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

überallt man nur dem Nachweis des Deutsch-Rußland-Verbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Königsplatz 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Billige Extra-Angebote

Wir bringen der Großberliner Bevölkerung wieder eine Reihe moderner Artikel in guter Ware zu erstaunlich billigen Preisen

Damen-Spangenschuhe, echt Chevreau u. R'Chevreau, moderne Formen, darunter Lack und Brokatstoff

Damen-Schnürschuhe, echt Boxrind u. R'Chevreau, darunter braun

Herren-Stiefel Rindbox u. andere Ledersorten, nicht alle Größen

Herren-Stiefel und Halbschuhe, echt Boxrind, moderne Formen

Moderne Damen-Spangenschuhe Dreieck- und Gitterspange, echt Chevreau, Boxkalf u. R'Chevreau, teils braun

Lack-Spangen- u. Schnürschuhe, nicht alle Größen, mod. Formen

Orig. Goodyear Welt Schnürschuhe, echt Chevreau, spitze Form, teils braun, Größe 35-39

Orig. Goodyear Welt, auf Rand genäht, braune Herren-Halbschuhe, echt Boxrind, moderne Form

Orig. Goodyear Welt Herrenstiefel, echt Chevreau und Boxkalf, moderne Formen

Orig. Goodyear Welt Damen-Spangen- u. Schnürschuhe, braun und schwarz Boxkalf, darunter Lackschnürschuhe, alles moderne Formen, erstklassiges Fabrikat

Feinfarbig beige, sowie Lack- und braune Spangenschuhe mit französischem Absatz in prima Makkayausführung, sehr schick

Blond, grau, Haselnuß u. beige Damen-Luxusschuhe 14.⁰⁰ 16.⁰⁰ 19.⁰⁰ 12³⁰ • Kinderstiefel u. Halbschuhe in groß. Auswahl billig!

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrendt

Münzstraße 25
Schöneberg, Hauptstr. 160

Frankfurter Allee 54
Rottbuser Damm 13